

Absage an die Ellenbogengesellschaft : was es heisst als Sozialdemokrat zu regieren

Autor(en): **Schmidt, Helmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339908>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Absage an die Ellenbogengesellschaft

Was es heisst als Sozialdemokrat zu regieren



Am 1. Oktober dieses Jahres ist der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt durch den Verrat und das Ränkespiel des frei-demokratischen Koalitionspartners gestürzt worden. An diesem Tag hat Helmut Schmidt im Bundestag in einer breitangelegten Rede Rückschau gehalten auf seine Politik und gleichzeitig einen Ausblick gegeben, auf das was die Folgen sein könnten, wenn die neue Rechtskoalition von CDU, CSU und FDP sich über längere Zeit mit dem von ihr verabschiedeten Koalitionspapier als Regierungspartei etabliert.

Wir bringen die Rede von Schmidt unverändert (geschriebener Text) als Dokumentation zur Zeitgeschichte. Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Die sozial-liberale Koalition, deren gewählter Bundeskanzler heute durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden soll, hat

1980 durch die Wählerinnen und Wähler eine überzeugende Bestätigung und einen Auftrag für weitere vier Jahre bekommen. Die Mehrheit der Wähler hatte weder 1976 Herrn Dr. Kohl noch 1980 Herrn Strauss in das Amt des Bundeskanzlers berufen wollen. Der Vorsitzende der FDP hatte auf dem Wahlparteitag seiner Partei am 6. Juni 1980 erklärt, wer FDP wählt, garantiert, dass Schmidt Bundeskanzler bleibt. Der Wähler soll wissen, woran er ist, ohne Wenn und Aber, die Entscheidung über uns, die FDP, ist die Entscheidung über die Fortführung der Koalition. Mit meinem Namen auch auf ihren Wahlplakaten hat die FDP im Oktober 80 ein sehr gutes Wahlergebnis erzielt und unmittelbar nach der Wahl haben die Parteivorsitzenden von SPD und FDP in einer gemeinsamen Verlautbarung den Willen ausdrücklich bekräftigt zum Zusammenwirken und zur gemeinsamen Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt auch für die kommenden Jahre. Seit dem August des vorigen Jahres ist der Vorsitzende der FDP zielstrebig und schrittweise von allen früheren Erklärungen abgerückt. An diesem 9. September habe ich ihn von dieser Stelle aus zu einer klaren Antwort aufgefordert. Es hätte zu der Antwort nur eines einzigen Satzes bedurft, aber dieser Satz — wir stehen fest zur sozial-liberalen Koalition — wurde absichtsvoll vermieden. Statt dessen hat die FDP acht Tage später in der Bundestagsitzung vom Freitag, dem 17. September, diesem Haus und dem

deutschen Volk sehr fadenscheinige Erklärungen vorgebracht. Über viele Jahre, Herr Kollege Genscher, werden die Bürger dieses Verhalten nicht vergessen.

Ohne moralische Rechtfertigung

Am letzten Sonntag hatten die hessischen Wählerinnen und Wähler Gelegenheit, hierzu ihre Meinung zu sagen. Und jeder weiss, die katastrophale Niederlage der FDP in Hessen war die Antwort der Wähler auf das Verhalten der FDP-Führung hier in Bonn. Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind für Neuwahlen zum Bundestag. Sie empfinden die Art des Wechsels, der heute von Ihnen in geheimer Abstimmung herbeigeführt werden soll, als Vertrauensbruch. Sie sind bitter darüber, vorausgegangene Erklärungen nachträglich als Täuschung bewerten zu müssen. Dabei wissen die Bürger, dass das Grundgesetz Ihnen diese Handlungsweise ermöglicht.

Ihre Handlungsweise ist zwar legal, aber sie hat keine innere moralische Rechtfertigung. Und weil Sie alle auf der rechten Seite des Hauses dieses spüren, haben die Parteien der CDU, der CSU und der FDP öffentlich verlauten lassen, sie wollten im März 1983 Neuwahlen herbeiführen. Ich setze Zweifel in die Ehrlichkeit dieser Ankündigung. Es ist schliesslich erst drei Wochen her, dass viele CDU- und CSU-Führungspersonen öffentlich und dringlich nach Neuwahlen verlangt haben, tatsächlich aber

seither einer Auflösung des Bundestages — die Ihnen angeboten war, Herr Kollege — und damit einer Neuwahl ausgewichen sind, sorgfältig ausgewichen sind.

Dies gilt auch und besonders für den Vorsitzenden der CSU. Auch er hat seine Forderung nach Neuwahlen jetzt seit dem hessischen Wahlsonntag und seit dem unerwartet schlechten Abschneiden der CDU zurückgenommen. Deshalb wende ich mich an den Oppositionsführer. Herr Dr. Kohl, Sie wissen von dem Brief des Herrn Bundespräsidenten, den dieser am 29. September, vorgestern, an unseren Kollegen Binding gerichtet und veröffentlicht hat. Der Bundespräsident erklärt darin, er könne die von Ihnen ins Auge gefasste Prozedur für Neuwahlen zum Bundestag Anfang März 83 gegenwärtig nicht abschliessend beurteilen. Er erklärt, seine pflichtgemäss zu treffende Ermessensentscheidung könne unter Abwägung aller relevanten Umstände erst dann getroffen werden, wenn ein Bundeskanzler den Bundespräsidenten ins Spiel bringt. In gebotener Zurückhaltung hat damit der Bundespräsident seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die zwischen Ihnen, Herr Dr. Kohl, und Herrn Genscher getroffene Abrede zum Ausdruck gebracht.

Wähler beschwichtigen

Ich halte es danach für sehr unwahrscheinlich, dass Sie tatsächlich im Januar eine Auflösung des Bundestages herbeiführen werden, damit am 6. März gewählt werden kann. Denn über Ihre Neuwahlabsicht habe ich in dem in den letzten Tagen von den deutschen Zeitungen veröffentlichten schriftlichen Ergebnis ihrer Koalitionsgespräche mit der FDP gelesen, ich habe davon auf insgesamt 22 Seiten kein einziges

Wort finden können. Herr Dr. Kohl, Sie streben eine andere Bundesregierung an. Weil eine andere Bundesregierung nicht aus einem neugewählten Bundestag hervorgehen kann, war Ihre bisherige Ankündigung von Neuwahlen wenigstens binnen sechs Monaten durchaus folgerichtig. Sie sollte ja auch aufgebrachte Wählerinnen und Wähler beschwichtigen. Und Ihre wahrheitswidrige Parole vom Staatsnotstand soll ja nur davon ablenken, dass Ihnen sofortige Neuwahlen unerwünscht sind. Man darf aber eine Regierung nicht auf Unklarheiten aufbauen.

Ich höre, dass Ihr Kollege Dr. Barzel nach mir sprechen wird. Ich billige Ihren Beifall an der Stelle — Herr Barzel hat manchmal meinen Beifall — aber bitte, Herr Dr. Barzel, erklären Sie dann heute morgen für die CDU/CSU dem Bundestag gegenüber und damit dem ganzen Volk gegenüber ohne Wenn und Aber, dass wir am 6. März einen neuen Bundestag wählen werden und auf welche Weise Herr Dr. Kohl zu diesem Zwecke die Auflösung des Bundestages herbeiführen wird. Wenn die CDU/CSU eine solche Erklärung heute unterlassen sollte, so mag das zwar den FDP-Vorsitzenden beruhigen, aber Sie gefährden damit die Glaubwürdigkeit von CDU und CSU und FDP insgesamt. Und Sie würden damit den Eindruck vertiefen, dass diese drei Parteien sich hier im Bundeshaus in Bonn weit entfernt von der Stimmung im Land zu einem Manöver einigen, das von unseren Bürgern weit überwiegend missbilligt wird. Dieser Regierungswechsel, den Sie anstreben, berührt die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Institutionen. Aber auch andere Werte könnten auf dem Spiele stehen. Ich habe die Absicht, mich dazu in zwölf Punkten zu äussern.

Was auf dem Spiel steht: Die Glaubwürdigkeit

1. Glaubwürdigkeit der Institutionen und der handelnden Personen ist eine der unverzichtbaren Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft und eines demokratischen Staats. Wenn die Bürger nicht an die ehrlichen Absichten der an der Spitze des Staates handelnden Personen glauben können, dann wird es den Bürgern sehr schwer gemacht, überhaupt an die Demokratie zu glauben. Je grösser Glaubwürdigkeitslücken, desto geringer die Handlungsfähigkeit von Parlament und Regierung. Aber umgekehrt gilt auch, je klarer die moralische Legitimation einer Regierung, desto grösser ihre Fähigkeit, auch in kritischen Situationen die Bürger innerlich für ihre Regierungshandlungen aufzuschliessen und zu gewinnen. Ich füge hinzu, in dem Worte Glaubwürdigkeit steckt das gewichtige Wort Würde. Unsere Demokratie braucht Würde.

Jugend und Friede

Für einen grossen Teil der jungen Generation ist die Glaubwürdigkeit wichtiger Institutionen gegenwärtig stark gefährdet. Viele von uns Älteren finden es schwierig, die kritische Jugend zu verstehen. Manche von uns, auch ich selbst, habe inzwischen manches dazugelernt. Aber es kommt darauf an, dass beide Seiten dazulernen, dass beide Seiten sich wirklich ernst nehmen. Wir müssen uns gegenseitig in unseren Sorgen und Ängsten, aber auch in unseren Hoffnungen und in unseren Überzeugungen ernst nehmen und uns zu verstehen suchen. Ohne Idealismus der Bürger gibt es keinen moralischen Staat. Ohne wägende Vernunft kann blinder Idealis-

mus zur politischen Romanik und damit in Gefahr führen. Zur Glaubwürdigkeit der Demokratie gehört der Wechsel der Regierungen. Deshalb beklage ich mich nicht, wenn die sozial-liberale Bundesregierung ihre Verantwortung abgeben muss. Was ich jedoch beklage, ist der Mangel an Glaubwürdigkeit dieses Wechsels und dieser Art des Regierungswechsels. Der Stil, die Hektik und Geschäftigkeit, die Hast und Eile, in der unzureichende Grundlagen einer neuen Regierung aufs Papier gebracht worden sind, offenbart eine Geringschätzung der Wähler.

2. Die Nation hat verstanden, dass ihr Lebensinteresse eine Politik der guten Nachbarschaft in Mitteleuropa gebietet. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der Teilung Deutschlands haben in uns Deutschen eine starke Sehnsucht nach der Dauerhaftigkeit des Friedens bewirkt. Deutsche Aussenpolitik muss vom Geist der Friedensbereitschaft und der Friedfertigkeit geprägt sein und bleiben. Ich füge hinzu, auch der Friedfertige kann sich nicht darauf verlassen, dass seine eigene Friedenssehnsucht schon ausreicht, um den Frieden zu bewahren. Der Frieden muss immer wieder neu gestiftet werden. Er muss insbesondere gestiftet werden zwischen solchen Staaten, die sich gegenseitig misstrauen und die sich gegenseitig bedrohen. Gerade sie müssen miteinander reden und aufeinander hören. Partnerschaft ist unabweisbar notwendig, gerade unter Staaten entgegengesetzter Grundordnungen, entgegengesetzter Interessen und Ideologien.

Bekanntnis zur EG und NATO

3. Wir halten fest an der Europäischen Gemeinschaft und am Nordatlantischen Bündnis. Nur gemeinsam können wir unsere

Freiheiten wahren und unseren wirtschaftlichen Wohlstand mehren. Diese Gemeinschaften sind und wollen sein Gemeinschaften von liberalen, von rechtsstaatlichen Demokratien, sie sind von gemeinsamen Werten geprägt, sie ist und bleibt — wie ich denke — gemeinsame Auffassung aller Parteien dieses Bundestages. Ich möchte hinzufügen, die nordatlantische Allianz entspricht den gemeinsamen Interessen der Europäer und der Nordamerikaner in USA und in Kanada. Nur gemeinsam können sie alle ihre Sicherheit und ihre Freiheit, ihren Frieden bewahren.

Zugleich ist die Allianz eines der wichtigsten Verbindungsglieder für die deutsch-amerikanische Freundschaft. Wir Deutschen haben die Freiheitsrechte des einzelnen als geistiges Erbe aus der grossen amerikanischen Revolution übernommen. Wir sind einander durch Grundwerte verbunden, so sehr wir uns auch voneinander unterscheiden. In solcher Freundschaft ist gegenseitige Kritik notwendig und hilfreich. Wer gegenüber dem Freunde Kritik unterdrückt, kann auf die Dauer kein guter Freund bleiben.

Wer seine eigenen Interessen gegenüber dem Freund nicht vertritt, kann eben dadurch Respekt und Freundschaft verlieren. Gerade weil ich vier amerikanischen Präsidenten und Administrationen ein kritischer Partner gewesen bin, bekenne ich mich in dieser Stunde noch einmal zur deutsch-amerikanischen Freundschaft.

Und ebenso muss die deutsch-französische Zusammenarbeit — vor zwanzig Jahren von Adenauer und de Gaulle durch den Elysee-Vertrag, durch die Umarmung in der Kathedrale von Reims eingeleitet — ein tragender Pfeiler in der Politik beider Staaten bleiben, und zwar unabhängig davon, wer in Paris und wer in Bonn die Re-

gierung führt. Die ausserordentlich enge Zusammenarbeit mit den französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und François Mitterrand hat mich mit grosser politischer und ebenso mit menschlicher Befriedigung erfüllt. Wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft beharrlich für eine Ausweitung der deutsch-französischen Zusammenarbeit eintreten.

Aussöhnung mit den Nachbarn

4. Deutsche Aussenpolitik muss die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten weiterhin vertiefen. Ungeachtet aller ideologischen, aller ausserpolitischen Meinungsunterschiede brauchen wir ein Verhältnis guter Nachbarschaft. Die Ostverträge müssen nicht nur eingehalten, sondern sie müssen auch praktisch angewendet und weiterhin entfaltet werden. Ich füge hinzu, dazu gehört auch das auf 25 Jahre angelegte wirtschaftliche Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion. Aber die Völker der Sowjetunion, die Völker Osteuropas und wir im Westen, wir haben einander mehr zu bieten als Erdgas und als Röhren und als Weizen. Wir haben uns zu bieten die gemeinsame Erfahrung aus dem bisher schrecklichsten Kriege und — dies ist dann eines der versöhnlichen Elemente — wir haben uns zu bieten wechselseitige Beiträge zur Kultur Europas.

Auch unsere tiefe Bedrückung über das Kriegsrecht in der Volksrepublik Polen darf und wird unseren Willen zur Versöhnung mit der polnischen Nation nicht beeinträchtigen. Eingedenk der Höhen und schlimmen Tiefen über zehn Jahrhunderte deutsch-polnischer Geschichte haben mein Amtsvorgänger Willy Brandt und später auch ich einen neuen Anfang in der deutsch-polnischen Bezie-

hungen eingeleitet. Diese bedürfen auch in Zukunft aufrechter, nicht nachlassender Bemühungen.

Ich habe gestern den ausländischen Botschaftern die Stetigkeit der deutschen Aussenpolitik erläutert. Herr Dr. Kohl, Sozialdemokraten werden sehr sorgfältig darüber wachen, dass die Grundlinien nicht unter dem Deckmantel bloss angeblicher Kontinuität und angeblicher Verlässlichkeit verbogen werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat in New York — da hier die Zeitungen auf innenpolitische Ereignisse konzentriert sind, ist das gegenwärtig noch nicht ins Bewusstsein gedrungen — im Forum der Vereinten Nationen, in dem Staatsminister Wischniewski die Aussenpolitik unseres Staates darlegte, eine überwältigende Demonstration des Vertrauens aller Vertreter aller Staaten der Welt in unsere Aussenpolitik gefunden. Ich bitte Sie herzlich, dieses Kapitel zu bewahren.

Dialog mit der DDR

5. Der Sinn unserer Deutschland-Politik, der innerste Kern, ist die Erhaltung der Einheit der Nation. Beide deutsche Staaten sind sich ihrer Verantwortung für den Frieden bewusst. Die Bundesrepublik darf den Dialog mit der Führung der DDR nicht abreißen lassen. Wir müssen alle Chancen wahrnehmen, die Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu stärken und praktisch erlebbar zu machen. Und wir dürfen die Hoffnungen der Deutschen in der DDR nicht enttäuschen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR müssen täglich spüren können, dass wir sie nicht nur ihre Landsleute nennen, sondern dass wir täglich ihnen als Landsleute gegenüberreten, dass wir zu ihnen gehören. Dass sie Bürger eines anderen Staates sind, darf an unserer Haltung

nichts beeinträchtigen. Ich füge hinzu, Herr Dr. Kohl, Ihre Koalitionsvereinbarung, die in allen Zeitungen veröffentlicht wurde, enthält bisher zur Deutschland-Politik nur ein leeres Blatt. Ich bitte Sie eindringlich, dieses Blatt auszufüllen und sich dabei nicht auf die Wiederholung aller Formeln zu beschränken.

Sie haben meinen Besuch bei dem Generalsekretär der SED kritisiert, ich aber weiss, dass dieser Besuch Millionen Deutschen Mut gemacht hat, der Abgrenzungsideologie der Funktionäre zu widerstehen. Auch ich werde den Besuch im Dom zu Güstrow nicht vergessen, umgeben von all diesen Sicherheitsbeamten, einer Kirche, in der Bischof Rathke zu Herrn Honecker und zu mir über die Friedenspflicht des Christenmenschen gesprochen hat. Es ist wahr, wir haben an die DDR nichts zu verschenken. Auch in Zukunft muss zäh verhandelt werden. Aber Deutschland-Politik muss auch in Zukunft durch die sprichwörtlichen kleinen Schritte dazu helfen, dass Deutsche sich treffen können, dass sie miteinander reden können und dass sie sich praktisch als Anghörige eines und desselben Volkes erleben.

Bundeswehr und Friedenssicherung

6. Mit der Bundeswehr leisten wir unseren Beitrag zur gemeinsamen westlichen Verteidigung. Sie hat Gewicht im Kräftefeld zwischen West und Ost. Sie ist ein unübersehbares Element der Friedenssicherung. Solange ein einvernehmlich begrenztes niedriges Gleichgewicht der Streitkräfte nicht erreicht ist, mindestens solange muss es bei der gemeinsamen westlichen Strategie der Abschreckung bleiben. Das heisst mit anderen Worten, unsere Bundeswehr muss kämpfen

können, damit sie niemals wirklich zu kämpfen braucht.

Ich füge hinzu, die Bundeswehr findet in unserem Land breite Zustimmung, die Theodor Heuss zu Recht das legitime Kind genannt hat. Sie ist die notwendige Kammer zwischen Armee und Volk. Und es befriedigt uns zu sehen, dass auch Gewerkschaften und Bundeswehr Verständnis füreinander gefunden haben. Die Qualität unserer Streitkräfte und unserer Soldaten zeigt, nicht ein hoher Rüstungshaushalt ist die Hauptsache, sondern die Männer sind die Hauptsache, ihre Motivationen und ihre Ausbildung. Zum ersten Mal seit mehr als hundert Jahren sind deutsche Streitkräfte völlig frei davon, ein Faktor der Innenpolitik sein zu wollen. Wer geschichtlich denken kann, der muss dies als einen unschätzbaren Fortschritt bewerten, und wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, hierzu entscheidend beigetragen zu haben.

Wer anders als Kriegsdienstverweigerer einen schwierigen Ersatzdienst auf sich nimmt, der verdient den gleichen Respekt wie der wehrpflichtige Soldat. Es wird im Interesse der jungen Männer, Herr Dr. Kohl und Herr Strauss, höchste Zeit, dass CSU und CDU endlich ihren inneren Streit beenden, der schon allzu lange die notwendige Novellierung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes behindert hat.

Notwendigkeit der Abrüstung

7. Der weltweite Rüstungswettlauf bedroht den Frieden. Zur Politik der vereinbarten schrittweisen Abrüstung, des vereinbarten Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene, gibt es keine vernünftige friedenspolitische Alternative. Denn weder der Westen noch der Osten kann allein seinen Frieden garantieren. Sicherer Friede bedarf der Si-

cherheitspartnerschaft zum Frieden. Und ich füge hinzu, als ein Land, das sich verpflichtet hat, eigene Atomwaffen weder zu besitzen noch anzustreben, muss die Bundesrepublik hartnäckig auf unserem vertraglichen Anspruch bestehen, dass die Grossmächte ihre Kernwaffen-Arsenale abrüsten. Als ein Stationierungsland haben wir ein vitales Interesse besonders an den Genfer INF-Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen. Wir müssen diese Verhandlungen kritisch und anregend begleiten. Falls aber, wenn die Verhandlungen trotz grösster Anstrengungen unserer amerikanischen Freunde dennoch erfolglos bleiben sollten, so brauchen wir ein entsprechendes Gegengewicht gegen die uns bedrohenden sowjetischen SS-20-Raketen. Verhandlungen und Verträge über Rüstungsbegrenzungen und Abrüstung sind heute Bestandteil umfassender strategischer Konzeptionen geworden. Die in Nordamerika und in Europa begonnene öffentliche Strategie-Diskussion darf nicht abgebrochen, sie muss vielmehr vertieft werden.

Alle Regierungen in Ost und West müssen sich der dringenden Frage ihrer Bürger und der Frage der Friedensbewegungen in all den Ländern stellen, wie sie die Gefahren des Rüstungswettlaufs bannen, wann sie endlich, aus dem Teufelskreis ausbrechen wollen. Die Antwort darauf kann nicht in einseitiger Abrüstung liegen, weil sie uns militärisch und politisch erpressbar machen würde. Die Antwort kann ebenso wenig in einseitiger Aufrüstung gesucht werden.

Arbeitslosigkeit im Wachstum

8. Alle Volkswirtschaften befinden sich gegenwärtig in einem krisenhaften Anpassungsprozess. Dabei hat für uns der

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit — und das heisst der Kampf für ein neues Wirtschaftswachstum — den Vorrang. Auch aus eigenem Interesse an Arbeitsplätzen und an Wachstum muss die Bundesrepublik fortfahren, ihr internationales Gewicht gegen den Protektionismus in die Waagschale zu werfen, der sich heute über die ganze Welt ausbreitet. Binnenwirtschaftlich dürfen weder Bundesregierung noch Landesregierung und Städte durch eine deflationistische Haushaltspolitik zur Schrumpfung der Nachfrage beitragen. Nachfrageschrumpfung wird nicht zur Belebung der Investitionstätigkeit führen. Und die Bundesbank muss endlich entschieden zur Zinssenkung beitragen, sie hat ihren Spielraum bisher keineswegs ausgenutzt. Ich füge hinzu, die Spitzenposition unserer Volkswirtschaft kann nur behauptet werden, wenn Leistungswille und Verantwortungsbereitschaft der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden. Nicht aber darf man sie schwächen. Die Bewahrung eines stabilen sozialen Sicherungsnetzes als Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft und der soziale Konsens sind unerlässliche Voraussetzungen dafür.

Wir haben zwischen zwei extremen ökonomischen Theorien, wie sie heute in einigen Staaten des Westens tatsächlich ausprobiert werden, einen mittleren Kurs gewählt. Weder haben wir eine inflationistische Ausweitung des Staatskredits noch eine deflationistische Schrumpfungspolitik betrieben. Dies hat sich ausgezahlt. Unsere Zahlungsbilanz ist gesund, unsere Währung ist stabil, der Preisanstieg in der Bundesrepublik ist der geringste in der Europäischen Gemeinschaft, aber unsere realen Löhne sind die höchsten in der Europäischen Gemeinschaft. Ich warne vor den

Folgen einer deflationistischen Politik.

Kopierte Wirtschaftspolitik

CDU und CSU und FDP wollen nach ihren veröffentlichten Vereinbarungen die Haushalte kürzen und damit die allgemeine Nachfrage senken oder drosseln. Sie wollen für die Wirtschaft Steuern senken, obgleich schon heute die steuerliche Situation für die Unternehmen die günstigste ist seit der Währungsreform. Es soll hier die Angebotspolitik kopiert werden. Sie wird — genau wie in Amerika, wo das zwei Jahre früher probiert wurde — im Ergebnis zu stärkerer Arbeitslosigkeit führen. Und die Sache wird nicht besser dadurch, dass die CDU/CSU- und FDP-Führung die Steuervergünstigungen ausgleichen wollen durch eine Umsatzsteuererhöhung, die jedermann tragen muss und die sie uns, meine Damen und Herren von der CDU, Anfang des Jahres — als wir sie für die Investitionszulage verwenden wollten — mit der Begründung angeblicher Wirtschaftsfeindlichkeit abgelehnt haben.

Das Monstrum einer Zwangsanleihe erhöht völlig überflüssigerweise die von Ihnen bisher so laut beklagte Staatsverschuldung. Ökonomisch hat die Zwangsanleihe keinen Sinn, es ist eine Konstruktion, die nur den Zweck hat, das Gesicht des früheren Wirtschaftsministers wahren zu helfen. Der Gesamtansatz ihrer öffentlich dargelegten Finanz- und Wirtschaftspolitik ist verfehlt. Er kann bestenfalls eine kurze Scheinblüte auslösen, die nach wenigen Monaten einer sich verstärkenden Arbeitslosigkeit weichen wird. Ja, ich verstehe, dass Sie für diesen Fall schon heute vorbauen möchten, indem sie Sozialdemokraten nachträglich und wider besseres Wissen Schuld anlasten wollen. Aber der kriti-

sche Bürger durchschaut diese Absicht Ihrer bösen Legendenbildung.

Schutz der Umwelt

9. Wir alle spüren, wie im Westen, in den kommunistischen Ländern, auch in der Dritten Welt, Millionen Menschen sich immer stärker um ihre natürliche Umwelt sorgen. Jeder verantwortliche Politiker und Unternehmensleiter, auch wenn es unbequem ist, muss in jedem Einzelfall einen vertretbaren Ausgleich zwischen ökonomischen Interessen und Umweltschutzinteressen zustande bringen. Wer in Zukunft sicherere Arbeitsplätze will, der muss deren Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigen. Und wer das Recht auf eine lebensfähige Umwelt vertritt, der muss gleichzeitig für Arbeitsplätze sorgen, die ihrerseits lebensfähig sind.

Ich füge hinzu, Umweltschutz gehört zu den Kernbereichen sozial-liberaler Übereinstimmung. Im Koalitionspapier von CDU/CSU und FDP finde ich dazu fast überhaupt nichts. Will eigentlich die FDP-Führung ihr umweltpolitisches Programm völlig vergessen? Der Schutz der natürlichen Umwelt bedarf internationaler Anstrengungen. Er bedarf der Verträge, wenn die Ausrottung der Fischbestände in den Weltmeeren, wenn die Anreicherung der Atmosphäre mit Kohlendioxyd und wenn die Ausbreitung des schwefelsauren Regens tatsächlich verhindert werden soll.

Bedrohtes soziales Netz

10. In aller Welt gefährdet die Stagnation der Wirtschaft oder zu geringes Wachstum die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Dynamik dieser Systeme muss deshalb begrenzt werden. Dies darf aber nicht so weit gehen, dass die Le-

bensrisiken auf den einzelnen zurückgewälzt werden. Das Prinzip der Solidarität mit dem Schwächeren darf nicht ausser Kraft gesetzt werden. Ich füge hinzu, wir haben die höchsten realen Renten und fast die höchsten Sozialleistungen insgesamt in Europa erreicht. Sie sollten und dürfen nicht stärker eingeschränkt werden, als dies aus finanziellen Gründen unerlässlich ist. Eine Einschränkung aus ideologischen Gründen hat keinerlei Rechtfertigung. Wir Sozialdemokraten warnen vor einer Umverteilung von unten nach oben.

Sie wollen die Mieter belasten zugunsten der Vermieter und der Bauherren. Gleichzeitig wollen Sie das Wohngeld kürzen, gleichzeitig sollen Bildungschancen beeinträchtigt und gekürzt werden. Sozialhilfeempfänger sollen in stärkerer Weise zu Opfern herangezogen werden als leistungsfähige Einkommensbezieher. Der gewerkschaftliche Protest dagegen ist sehr einleuchtend.

Wir Sozialdemokraten sehen in der Ergänzungsabgabe ein geeignetes Instrument sozialer Gerechtigkeit. Wenn aber nun die Bessergestellten die von Ihnen erfundene Zwangsanleihe später zurückerhalten sollen — übrigens, Graf Lambsdorff, welch ungeheuer marktwirtschaftliches Instrument, diese Zwangsanleihe! — wenn diese Anleihe der Besserverdienenden später zurückgezahlt werden soll, während doch die Opfer der Schüler und Lehrlinge, der Sozialhilfeempfänger, die Opfer der Rentner und Wohngeldbezieher und Kindergeldempfänger endgültig gemeint sind und nie zurückgegeben werden, dann hat das mit sozialem Ausgleich nichts mehr zu tun. Und dann wollen Sie zu allem Überfluss den bis zu 15 000 Mark betragenden steuerlichen Splitting-Vorteil für Ehepaare mit hohem Einkommen auch noch

bestehen lassen, statt ihn wenigstens einzuschränken.

Absage an Ellenbogenprinzip

11. Das Grundgesetz verpflichtet unseren Staat zur Gerechtigkeit. Notwendige Opfer sind moralisch und politisch nur dann zu vertreten, wenn sie gerecht verteilt werden, das heisst, wenn jedermann nach Massgabe seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Wir Sozialdemokraten werden jedem Versuch entgegentreten, soziale Gerechtigkeit zurückzudrängen und sie durch das Ellenbogenprinzip zu ersetzen.

12. Eine menschliche Gesellschaft bedarf der inneren Liberalität. Über die Qualität unserer Demokratie entscheidet zu allererst der Respekt vor der Freiheit und der Würde des anderen, das heisst, es entscheidet zu allererst das Mass an innerer Liberalität, die wir tatsächlich üben und bewahren. Ohne gelebte Freiheit gibt es keine politische Kultur.

Ich wurde dieser Tage gebeten, meine Empfindungen zu beschreiben während der lang anhaltenden Entführung von Hanns-Martin Schleyer und der damit verbundenen Verbrechen. Der Fragesteller — und ich habe sicherlich für die Kollegen aus der CDU/CSU und der FDP, die daran beteiligt waren, mitgeantwortet — schien nämlich unvermeidlich danach zu fragen, ob wir uns damals an der Staatsräson ausgerichtet hätten. Aber in Wirklichkeit hat sich unser Handeln nicht an Staatsräson orientiert, sondern an unseren Grundwerten, an der Notwendigkeit, die innere Freiheitlichkeit unseres Gemeinwesens zu verteidigen, die wir nur durch Festigkeit gegenüber ihren Verächtern und ihren Feinden verteidigen können. Die freiheitliche Gesell-

schaft, die offene Gesellschaft, hat millionenfach Fürsprecher und Verteidiger.

Ich zitiere aus den Freiburger Thesen der FDP. Diese neue Phase ist vor gut zehn Jahren geschrieben und beschlossen worden, diese neue Phase der Demokratisierung und Liberalisierung, im ursprünglichen und nicht in dem heute oft missbrauchten Sinn dieser Worte entspringt aus einem gewandelten Verständnis der Freiheit, das dem modernen Liberalismus die neue politische Dimension eines nicht mehr nur demokratischen, sondern zugleich sozialen Liberalismus erschliesst. Nicht nur auf bloss formale Garantien, sondern auf die sozialen Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit kommt es an. Dem stimmen wir Sozialdemokraten immer noch zu.

Aber der beabsichtigte personelle Wechsel im Amt des Bundesministers des Innern muss ebenso Besorgnis erwecken wie die fast völlige Ausklammerung der Rechts- und Innenpolitik aus Ihrer Koalitionsvereinbarung. Die meisten jungen Menschen sind sich der Freiheitlichkeit unseres Staates bewusst, auch wenn sie keineswegs allem zustimmen, was in unserem Staat geschieht — das tun wir ja auch nicht und Sie tun es noch weniger. Aber es gibt auch Gruppen, die den Wert der Freiheit unterschätzen.

Wir wollen jene neue Gruppe, die jetzt in den hessischen Landtag einziehen wird, nicht unter Quarantäne stellen, aber die Wortführer der Grünen müssen wissen, dass die freiheitlich demokratische Ordnung nicht zur Disposition steht. Sie müssen Klarheit darüber gewinnen, dass die Demokratie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eines politischen Ziels nicht verträgt, ja, dass die Demokratie sich gegen Gewaltanwendung zu wehren hat. Das Recht, für Veränderungen und

für Reformen einzutreten, das haben junge Bürger weiss Gott genauso wie wir hier im Bundestag. Aber sie können sich nur legitimieren, soweit sie sich ohne Wenn und Aber zur parlamentarisch demokratischen Verantwortung bekennen.

Vertrauen in die Liberalität

Wir Sozialdemokraten haben bei wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der ganzen Welt unseren Kurs des Ausgleichs zwischen den sich widerstreitenden Interessen seit langen Jahren beharrlich und kontinuierlich verfolgt. Die Thesen, die ich Ihnen heute vorgetragen habe, hätte ich als Sozialdemokrat, oder ich habe sie in ähnlichen Worten vor achteinhalb Jahren schon in die damaligen Koalitionsverhandlungen eingebracht genau wie die damaligen Koalitionspartner ihre Vorstellungen eingebracht haben und daraus ein gemeinsamer Weg geformt worden ist. Diese Thesen, die damals galten, gelten ebenso für die Gegenwart und sie gelten ebenso für die überschaubare Zukunft.

Ich weiss, dass viele treue Liberale unseren, meinen Kurs innerlich bejahen. Tausende haben mir in den letzten Tagen in diesem Sinne geschrieben und telegraphiert. Ich habe Anlass, mich weiterhin vielen Männern und vor allem Frauen in der FDP — meinen Respekt vor den wackeren Frauen der FDP-Fraktion — politisch, aber auch persönlich verbunden zu fühlen, mit denen ich seit 1969 an der Seite Willy Brandts, an der Seite Herbert Wehners zusammengearbeitet habe. Die hier gewachsenen politischen und menschlichen Gemeinsamkeiten können durch taktische Wendemanöver nicht ausgelöscht werden, sondern sie werden fortbestehen und gewiss auch wieder erlebbar werden.

Ich habe der sozial-liberalen Koalition 13 Jahre lang gedient, ich habe dies aus Überzeugung und mit innerer Befriedigung getan, weil ich wusste, dass dies ein notwendiger Dienst an unserem Land und an der geteilten Nation war. Ich habe unserem Land, unserem Staat in verschiedenen Ämtern dienen dürfen. Dabei kommt viel politische Erfahrung, viel Lebenserfahrung zusammen. Ich denke in Dankbarkeit an diejenigen, die mich in diese Ämter berufen haben, und in Dankbarkeit an jene, die mir in meinem Dienst geholfen haben. Aber heute richten wir Sozialdemokraten den Blick nach vorne. Wir wissen, dass Millionen von Arbeitnehmern ihre Hoffnung setzen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als diejenige Kraft, die beharrlich für soziale Gerechtigkeit kämpfen wird. Wir wissen, dass Hunderttausende Menschen in schreibenden und lehrenden Berufen, Gewerbetreibende, Selbständige, Menschen in helfenden und heilenden Berufen, in künstlerischen Berufen ihr Vertrauen in unsere Liberalität gesetzt haben. Und wir wissen, dass nicht nur Millionen junger Menschen, sondern auch Millionen alter Menschen uns mehr Chancengleichheit verdanken und dass sie deshalb auch weiterhin auf uns Sozialdemokraten rechnen.

Ein letztes Wort: Ich weiss, dass diese Stunde von den Deutschen in der DDR und ebenso hier in der Bundesrepublik mit Besorgnis im Fernsehen verfolgt wird. Sie alle vertrauen unserer Politik der guten Nachbarschaft und unserer Friedenspolitik. Wir Sozialdemokraten sind für dies Vertrauen dankbar. Wir werden es auch in Zukunft nicht enttäuschen, jedermann darf und jedermann muss mit unserer Stetigkeit rechnen. Herzlichen Dank.»